

Zeitschrift:	Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber:	Emanzipation
Band:	11 (1985)
Heft:	6
Artikel:	Initiative "Recht auf Leben" abgelehnt : der Reaktion ein Schnippchen geschlagen
Autor:	Grossenbacher, Silvia / Christen-URECH, Liliane
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-360333

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Initiative "Recht auf Leben" abgelehnt

Der Reaktion ein Schnippchen geschlagen

Mit Erleichterung und schliesslich wachsender Freude hörte ich am Sonntag die Abstimmungsresultate. Auf einen für uns Frauen positiven Ausgang hoffend, aber ein knapperes Resultat erwartend, überraschte mich die komfortable Mehrheit von 69% Nein-Stimmen. Nur gerade in den stock-konservativen, schwarz-katholischen Ständen fand die Initiative "Recht auf Leben" Anklang.

Trotz des verführerischen Titels und des sehr emotional und mit viel Aufwand geführten Abstimmungskampfes, misslang den Initianten das Hauptanliegen, nämlich unter dem Deckmantelchen "Schutz des Lebens" die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs zu torpedieren. Da half nicht einmal das rührende Anker-Plakat. Die Verlogenheit der Initiative selbst und auch der Kampagne war zu offensichtlich. Zu dick aufgetragen die geheuchelte Sorge um das ungeborene Leben, zu klar die frauenfeindliche, bevormundende Grundhaltung und allzu hörbar auch die rassistischen Misstöne.

Trend zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs verstärkt

Der Ausgang der Abstimmung kann nicht isoliert gesehen werden. Was in der Auseinandersetzung um die Fristenlösung noch bei vielen StimmbürgerInnen verfangen hatte, die Parole "helfen statt töten", wirkte nach der Kampagne gegen eine Mutterschaftsversicherung nicht mehr glaubhaft. Was damals noch als "Alternative zur Abtreibung" verkauft werden konnte, stand an diesem Wochenende entblösst von allem pseudohumanen Helfer-Touch als reine Zwangs- und Verbotsmaßnahme im Raum.

Der Trend von 1977 hat sich gehalten, respektive verstärkt. In Kantonen mit befürwortenden Mehrheiten für die Fristenlösung fanden sich diesmal die ablehnenden Mehrheiten zur Initiative "Recht auf Leben". (vgl. Tagess-Anzeiger vom 10.6.85). In Kantonen mit liberaler Abtreibungs-Praxis kamen die massivsten Mehrheiten ablehnender Stimmen zustande. Im

Süden und Osten war zwar die Fristenlösung an der 50%-Hürde gescheitert, aber auch "Recht auf Leben" blitzte ab.

Der katholisch-konservative Riegel vom Wallis bis zur Innerschweiz hat sich gehalten und um den Jura vergrössert, wo offenbar der Katholizismus die sonst fortschrittlichen Tendenzen überlagerte.

Weg frei für eine neue Offensive der Frauen

Als Ablehnung von Massnahmen zum Schutz des Lebens ist diese Abstimmung nicht zu werten. Darin sind sich alle KommentatorInnen einig. Ganz im Gegenteil: der Abstimmungskampf hat deutlich gezeigt, dass wirksame Massnahmen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen, vor allem einer gesunden Umwelt, gefordert werden.

Das Abstimmungsresultat ist vielmehr einzuschätzen als Stellungnahme für das Selbstbestimmungsrecht



der Frauen und für eine selbstbestimmte Familienplanung und Elternschaft. Wer nicht ohnehin den päpstlichen Verdikten folgt, mag sich vom Staat in Sachen Verhütung nicht dreinreden lassen.

Die Situation bezüglich Schwangerschaftsabbruch in der Schweiz ist damit wieder offen. Und die Voraussetzungen für den weiteren Kampf um die Liberalisierung sind besser als auch schon. Von Bundesrat und Parlament ist jedoch wenig zu erwarten. Die Offensive muss — auch diesmal — von uns Frauen ausgehen. Die Zeit und die dreiste Attacke der Reaktion haben in diesem Sinne für die Ziele der Frauenbewegung gearbeitet.

Frauen — es gibt viel zu tun!

Packen wir es an!

PS: Die nächste Hürde steht schon bereit. Am 22. September kommt das neue Eherecht zur Abstimmung. Ich hoffe, dass auch dann die StimmbürgerInnen den reaktionären Patriarchen eins auf den Deckel geben.

Silvia Grossenbacher

Nationale Demonstration und Tribunal in Zürich

Ca. 1000 Frauen und Männer nahmen am 1. Juni an der nationalen Demonstration gegen die Initiative "Recht auf Leben" in Zürich teil, die von der Organisation für die Sache der Frau (OFRA) organisiert wurde. Am anschliessenden Tribunal wurde folgende Resolution verabschiedet: 14 Jahre nach der Lancierung der Initiative für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs werden Frauen noch immer kriminalisiert. Im Windschatten der neuen Rechten wollen nun auch andere Bürgerliche unsere alten Forderungen endgültig begraben! Sie sprechen sich ausdrücklich gegen die Fristenlösung aus. Die föderalistische Regelung würde aber gerade diskriminierten Frauen keine Lösung bringen. Mit dem Druck von rechts drohen auch Verschärfungen

der Praxis in liberaleren Kantonen. Wir halten es deshalb für dringend nötig, dass die Frauenbewegung wieder in die Offensive geht!! Eine Fristenlösung mit garantierter Bezahlung durch die Krankenkassen ist das Minimum, — noch besser die Straffreiheit! Gleichzeitig fordern wir bessere Verhütungsmittel für Frauen und Männer, die kostenlos abgegeben werden! Ebenso eine gute Sexualaufklärung in der Schule, denn nur so kann die Abtreibung eingedämmt werden! Wir rufen alle Organisationen der Frauenbewegung, die linken Parteien und die Gewerkschaften auf, mit uns zusammen den alten, wichtigen Kampf wieder aufzunehmen!!!

Für die Ofra Schweiz
Liliane Christen-URECH